

Von Hitler gelernt

Worin Trumps 28-Punkte-Plan an das Münchner Abkommen von 1938 erinnert und worin nicht.

Von Martin Schulze Wessel

München lässt grüßen“ lautete der oft gehörte Stoßseufzer nach der Verkündung des 28-Punkte-Plans für die Beendigung des russisch-ukrainischen Kriegs. Trumps Versuch, die Ukraine ultimativ zur Annahme von Bedingungen zu zwingen, die Washington zuvor exklusiv mit dem Kreml ausgehandelt hatte, erinnert in der Tat an den September 1938, als sich Großbritannien, Frankreich und Italien mit Deutschland über die Regelung der sogenannten Sudetenkrise verständigten. Als Ergebnis des sogenannten Münchner Abkommens, das in Wirklichkeit ein Diktat war, musste die Tschechoslowakei ihre überwiegend deutsch besiedelten Grenzgebiete an das Deutsche Reich abtreten, ohne an den Verhandlungen beteiligt worden zu sein. Hitler triumphierte, und der verkleinerte und gedemütigte Staat der Tschechen und Slowaken stürzte in eine tiefe Krise.

Ohne die Tschechoslowakei über die Tschechoslowakei zu verhandeln, entsprach dem Muster, mit dem der 28-Punkte-Plan zwischen den USA und Russland formuliert wurde. In beiden Fällen taten sich westliche Mächte mit einem Aggressor zusammen, um eine bedrohte Demokratie zum Verzicht zu zwingen. In beiden Fällen sind die Bedingungen für den bedrohten Staat so formuliert, dass sie einer Kapitulation gleichkommen: Die Tschechoslowakei verlor mit dem Abkommen der europäischen Mächte ihre Grenzgebiete und damit auch ihre gut ausgebauten militärischen Festungsanlagen. Die Ukraine müsste, falls der 28-Punkte-Plan Wirklichkeit würde, gut befestigte Gebiete im Donbass räumen, ihre Armee verkleinern, auf bestimmte Waffenarten verzichten und bliebe dauerhaft aus der NATO ausgeschlossen.

Eine andere vorauszusehende Parallele bezieht sich auf den Zustand der Demokratie. Deren Erschütterung wäre in der Ukraine nach einer tiefen Verletzung ihrer Souveränität ebenso unvermeidlich, wie sie es in der Tschechoslowakei 1938 war, die nach dem Münchner Abkommen in eine autoritäre Richtung abglitt.

Auch wenn inzwischen Gespräche mit europäischen und ukrainischen Unterhändlern begonnen haben, ist der Ton doch durch den ursprünglichen 28-Punkte-Plan gesetzt. Kaum ist noch zu bezweifeln, dass die amerikanische Politik bereit ist, sich über die Interessen der Ukraine – und auch der Europäer – hinwegzusetzen. Insofern ist die München-Analogie schwer zu übersehen.

Aber es gibt einen großen Unterschied in der Situation der bedrängten Staaten Tschechoslowakei und Ukraine: Hitler konnte sich bei seinem Plan, die Tschechoslowakei zu zerschlagen, auf eine tatsächlich bestehende Unzufriedenheit der nationalen Minderheiten stützen. Zwar verlangten die Deutschen und Ungarn der Tschechoslowakei mehrheitlich nicht die Aufteilung des Staates, in dem sie lebten; aber es gab größer werdende Bevölkerungsgruppen, die ihre Aufmerksamkeit, Hoffnungen und Loyalitäten nach Berlin und Budapest hin ausrichteten. In der Ukraine ist hingegen nur ein Teil der ethnisch russischen Minderheit vom Kreml erfolgreich instrumentalisiert worden. Sonst stehen auch die nationalen Minderheiten der Ukraine loyal zu ihrem Staat, auch die ungarischen Ukrainer, ungeachtet der außenpolitischen Spannungen, die es zwischen Budapest und Kiew gibt.

Der größte Unterschied besteht darin, dass die Ukraine gegen den Aggressorstaat kämpft und im Land ein fortgesetzter Verteidigungswille besteht, während die Tschechoslowakei angesichts des Münchner Diktats der Großmächte einknickte. Die Chiffre „München“ taugt also wenig, wenn man sie von der überfallenen Tschechoslowakei 1938 auf die Ukraine heute überträgt. Doch ist der Vergleich in Bezug auf die Strategie der Aggressor-

staaten treffend. Dabei wird eine Dimension meist übersehen: Hitlers Strategie zur Zerschlagung der Tschechoslowakei bediente sich nicht nur traditioneller mächtropolitischen Instrumente, sondern zielte auch auf die internationale Öffentlichkeit. Lange vor dem Münchner Abkommen arbeitete die nationalsozialistische Propaganda an dem Bild einer „künstlichen“, historisch illegitimen, dazu angeblich „bolschewistisch verseuchten“ Tschechoslowakei. Hitlers Hass auf Prag gipfelte in wütenden Reden, in denen er den Staatspräsidenten Edvard Beneš dämonisierte.

Parallelen zwischen der nationalsozialistischen Propaganda und Putins Diffamierung der Ukraine drängen sich auf: Wie Hitler die Tschechoslowakei zur instabilen, „unmöglichen“ Konstruktion erklärte, so bezeichnet auch Putin die Ukraine als künstliche, historisch illegitime Entität. Wie Hitler Beneš als gefährlichen Intriganten zeichnete, so wird Selenskyj von der russischen Propaganda als „Drogensüchtiger“ und „Nazi“ dargestellt. Wie Hitler seine Minderheitenpolitik instrumentalisierte, so behauptet Putin, russischsprachige Ukrainer würden „genozidal“ unterdrückt.

Den Mechanismus hat Hannah Arendt im dritten Teil ihrer „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ beschrieben: „Praktisch gesprochen verfährt der totalitäre Herrscher wie ein Mann, der einen anderen so lange beschimpft, bis alle wissen, dass dieser der Feind ist, sodass er ihn anschließend mit dem Anschein von Selbstverteidigung töten kann.“ Das Zitat trifft den Kern der Ressentiment-Rhetorik Hitlers und Putins – bei allen Unterschieden in der Tonlage. Die Tschechoslowakei und die Ukraine werden jeweils als Feind markiert, der Angriff auf sie erscheint als bloße Revanche.

So dreist dieses Mittel ist, so zeigt es doch Erfolge. Ein Teil der britischen Presse schlug den Ton an, den die deutsche Propaganda vorgegeben hatte, wie das neue Buch des polnischen Historikers Piotr Majewski über das Münchner Abkommen detailliert zeigt. So bezeichneten die „Daily Mail“ und andere Blätter die Tschechoslowakei als „entirely artificial country“. Britische Diplomaten nannten den tschechoslowakischen Präsidenten einen „blinden kleinen Fledermausmenschen“ und „Bolschewistenfreund“.

Putins Propaganda wirkt auf vielfältige Weise auf den Westen und speziell die USA ein: durch russische Trolle, durch kremlhörige Journalisten wie Tucker Carlson, aber auch durch die direkte Verbindung mit der amerikanischen Politik. Das 28-Punkte-Programm beruht auf einer russischen Blaupause. So klingen mehrere Formulierungen des englischen Texts wie ungeschickte Übersetzungen aus dem Russischen.

Auch Putins Propaganda gegen die Ukraine hat einen Fußabdruck im Dokument hinterlassen. In Punkt 20 verlangt der Plan das Verbot aller „nationalsozialistischen Ideologien und Aktivitäten“. Im selben Punkt wird von der Ukraine die Einhaltung von EU-Regeln zur religiösen Toleranz und zum Schutz sprachlicher Minderheiten verlangt. Die Forderungen klingen unverfänglich, wiederholen aber doch die Propaganda, mit der Russland die Ukraine seit dem Beginn des Kriegs überzieht. Speziell der Vorwurf faschistischer Traditionen in der Ukraine ist ein Leitmotiv der Kreml-Propaganda. Der 28-Punkte-Plan suggeriert, dass es, wie die russische Politik unentwegt behauptet, nationalsozialistische Umtriebe gebe und dass eine Diskriminierung von nationalen und konfessionellen Minderheiten in der Ukraine in einem Maße stattfindet, dass sie internationaler Regulierung, also einer Einschränkung der ukrainischen Souveränität, bedürfe.

Der Gegenentwurf Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens ließ den Punkt über „nationalsozialistische Ideologien“ fallen, nahm aber die Klauseln zum Schutz der Minderheiten auf. Warum nicht, könnte man fragen, sieht doch die EU für ihre Mitglieder entsprechende Klauseln vor. Eingefügt in einen internationalen Vertrag mit Russland, würden diese Bestimmungen allerdings zu einem berechtigten Interesse Moskaus. Was es bedeutet, der russischen Politik die Tür in die inneren Verhältnisse der Ukraine zu öffnen, hat sich in der Vergangenheit, etwa nach dem Abschluss der Verträge von Minsk, schon erwiesen.

Martin Schulze Wessel lehrt Ost- und Südosteuropäische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Jüngst ist von ihm „Die übersehene Nation. Deutschland und die Ukraine seit dem 19. Jahrhundert“ (Verlag C.H.Beck) erschienen.

Feuilleton



Immer noch auf dem Weg zu sich selbst, mit seinem filmischen Werk als Straßenkarte: Woody Allen im Jahr 1963

Foto Picture Alliance

Sein Tanz mit dem Kino

Der Spaziergänger von Manhattan: Woody Allen wird neunzig

Am liebsten würde man nur über den frühen Woody Allen schreiben. Über Allan Felix, den Filmkritiker, der in „Mach's noch einmal, Sam“ mit dem Geist von Humphrey Bogart darüber verhandelt, wie er Diane Keaton, die Freundin seines besten Freundes, verführen soll. Über Alvy Singer, der in „Der Stadtneurotiker“ mit derselben Diane Keaton in der Warteschlange für einen Marcel-Ophüls-Film steht und über Orgasmusprobleme redet. Über den Gagschreiber Isaac Davis, der in „Manhattan“ abermals mit Diane Keaton auf einer Bank vor der Queensboro Bridge sitzt und zusieht, wie die Dämmerung den Himmel über New York zu färben beginnt. Über Woody Allen, der in „Die letzte Nacht des Boris Gruschenko“ ein Tänzerchen mit dem Tod wagt und in „Zelig“ hinter Adolf Hitler in der Menge steht. Über den Geschichtenerzähler, Vertrauten und Helden so vieler Kinoabende und -nächte, den Autor, Regisseur und Hauptdarsteller einiger der schönsten Filme, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts in Amerika entstanden sind.

Aber natürlich muss man auch über einen anderen Woody Allen reden, einen Mann, der es sich (und uns) unnötig schwer auf seinem Weg im Kino gemacht hat. Der unbedingt mit Ingmar Bergman und Fellini gleichziehen wollte und deshalb Filme wie „Innenleben“, „September“ und „Schatten und Nebel“ drehte. Der mitten auf seinem Höhenflug genug vom Ruhm hatte und deshalb in „Stardust Memories“ sein Alter Ego von einem Fan erschießen ließ. Der sich gequält hat, um Vorbildern nachzueifern, die er auf seine Weise längst eingeholt hatte, und dabei sein eigenes Licht unter den Scheffel stellte. „Was ich am meisten bedauere? Dass ich Millionen bekommen habe, um Filme zu machen, dazu die volle künstlerische Kontrolle, und mir nie ein großer Wurf gelungen ist.“ Welch ein Irrtum!

Und schließlich muss man noch von einem dritten Woody Allen sprechen, der seit mehr als dreißig Jahren in einem Rosenkrieg steht, wie ihn das Kino zu unseren Lebzeiten sonst nicht gesehen hat. Ein gutes Jahrzehnt lang, von 1980 bis 1992, bildeten Allen und Mia Farrow eine Liebes- und Arbeitsgemeinschaft, bis die Schauspielerin entdeckte, dass der Regisseur eine Affäre mit ihrer gerade volljährig gewordenen Adoptivtochter Soon-Yi Prévín begonnen hatte. Dem Skandal folgte ein Sorgerechtsstreit, auf dessen Höhepunkt Farrow den Regisseur des sexuellen Missbrauchs seiner siebenjähri-

gen Adoptivtochter Dylan bezichtigte. Obwohl ein Gutachten Allen entlastete und der Fall nie vor Gericht kam, haftet der Missbrauchsvorwurf bis heute an ihm. Vor zwölf Jahren wiederholte die inzwischen erwachsene Dylan die Beschuldigung in einem offenen Brief, ihr Bruder Moses widersprach, ein anderer Bruder stellte sich auf ihre Seite, und seitdem gibt es bei jedem neuen Allen-Film einen Begleitchor von Stimmen, die den Regisseur verdammen oder in Schutz nehmen.

Aber selbst wenn man Woody Allen, der längst mit Soon-Yi verheiratet ist, für vollkommen unschuldig hält, ist der sarkastische und herablassende Ton, in dem er in seiner 2020 erschienenen Autobiographie „Ganz nebenbei“ über Mia Farrow spricht, seiner nicht würdig – nicht weil man Allens Zorn und Schmerz angesichts des Geschehenen nicht verstünde, sondern weil er seine Gehässigkeiten mit

einer Coolness und Härte vorträgt, die seinem Kino gänzlich fremd sind. Das gilt nicht nur für die redseligen Helden seiner frühen Filme, sondern auch für jene Figuren aus seiner mittleren Schaffenszeit, die sich tatsächlich die Hände schmutzig machen. Etwa der Augenarzt Judah in „Verbrechen und andere Kleinigkeiten“, der seine Geliebte von einem Mafiakiller umbringen lässt und anschließend in Depressionen verfällt. Oder der Tennislehrer Chris in „Match Point“, der die von ihm schwangere Nola, die seinem sozialen Aufstieg im Weg steht, kaltblütig erschießt, aber danach im Taxi wie ein Schlosshund zu heulen beginnt.

Die Entstehungsdaten der beiden Filme, 1989 und 2005, markieren ziemlich genau die Phase, in der Woody Allen vom Selbstdarsteller, Bergman-Verehrer und New-York-Panegyriker zum souveränen Kinoerzähler wird. Einige seiner witzigsten („Im Bann des Jade-Skorpions“), bösesten („Ehemänner und Ehefrauen“) und schwerelosesten Filme („Alle sagen: I love you“) entstehen in dieser Zeit, und es scheint, als rüste sich der Regisseur für ein großes Alters-Epos. Doch dann, mit siebzig, geht Allen auf Reisen. Nach „Match Point“ dreht er noch drei Filme in London, dazu je einen in Spanien („Vicky Cristina Barcelona“), Frankreich („Midnight in Paris“) und Rom („To Rome With Love“), bevor er mit „Blue Jasmine“ nach Amerika zurückkehrt. Aber hier schlägt sein Kino keine Wurzeln mehr, selbst der New-York-Film „A Rainy Day ...“ wirkt seltsam ortlos, auch wenn Kate Winslet (in „Wonder Wheel“), Cate Blanchett oder Emma Stone (in „Irrational Man“) immer wieder für Glanzlichter sorgen. Allens jüngster Film „Coup de Chance“ spielt dann wieder in Paris, und gerade hat ihm die Stadt Madrid eineinhalb Millionen Euro für ein neues Spielfilmprojekt angeboten. Es wäre sein einundfünfzigstes.

Wenn man die fünfzig, die es schon gibt, zu einem Porträt zusammensetzt, entsteht ein Bild der Unruhe. Woody Allen, der Spaziergänger von Manhattan, ist immer noch unterwegs zu sich selbst, und das Kino dient ihm dabei als eine Straßenkarte, auch wenn es ihn manchmal in die Irre führt. Auf diese Weise ist ein filmisches Werk entstanden, das in Europa und Amerika nicht seinesgleichen hat, eine Comédie humaine des Kinos, und dem Mann, der es geschaffen hat, kann man nur wünschen, dass ihm noch viel Zeit bleibt, um daran weiterzuarbeiten. Am Sonntag wird er neunzig Jahre alt. ANDREAS KILB

Bilder und Zeiten im E-Paper



Norman Gangnus: Woraus die ostdeutsche Protestsehnsucht resultiert

Tilman Spreckelsen: Zum 200. Todestag der als Wunderkind gefeierten Elisabeth Kulmann

Sigrid Weigel: Hannah Arendts Aufsatz „Wir Flüchtlinge“ von 1943



Marc Zitzmann: Roger Caillois' Freude an Steinen

www.faz.net/bilder-zeiten



Mind the gap

Von Piotr Heller

Forscher haben ein neues „Gap“ entdeckt. Es hat nichts mit Bahnsteigkanten zu tun, dafür mit Unterschieden zwischen Mann und Frau. Die werden erfasst als Gender-Pay-Gap, wenn's um ungleichen Lohn für gleiche Arbeit geht, Gender-Education-Gap bei der Bildung oder gar Gender-Climate-Gap, welches die unterschiedlichen Auswirkungen des Klimawandels auf die Geschlechter ausdrückt. Jetzt kommt das Gender-Fraud-Gap – „Fraud“ wie Betrug. Diese Diskrepanz tritt in der Wissenschaft zutage. Dort werden Studien, die sich nachträglich als den strengen Standards nicht gewachsen erweisen, zurückgezogen – sozusagen aus den Annalen getilgt. Wie eine Analyse von 65.000 zurückgezogenen Arbeiten zeigt, haben Männer in dieser unerfreulichen Kategorie die Nase vorn. Während bei rund 40 Prozent aller wissenschaftlicher Studien Frauen die Erstautoren sind, liegt ihr Anteil an zurückgezogenen Veröffentlichungen lediglich bei 26 Prozent. Forschung von Frauen wird also seltener zurückgezogen. Bei Fällen von bewusstem Betrug und Fehlverhalten sind die Frauen noch stärker unterrepräsentiert, ist im Fachblatt „Science Editor“ nachzulesen. Die Frau, das ehrliche Geschlecht? Die Studienautoren (überrigens zwei Frauen und ein Mann, was das Risiko eines baldigen Zurückziehens ihrer Studie senkt) ziehen diese Möglichkeit in Betracht. Würde man die Barrieren einreißen, die Frauen den Aufstieg erschweren, so könnte das angesichts der weiblichen Ehrlichkeit die Integrität der Wissenschaft stärken, vermuten sie. Damit lassen sie aber zwei Gedanken außer Acht. Vielleicht verleitet gerade die Machtposition, die in vielen Disziplinen noch hauptsächlich von männlichen Forschern eingenommen wird, zum Betrug – oder verleiht zumindest das nötige Selbstbewusstsein, zu glauben, nicht erwischt zu werden. Warum sollte es Frauen da anders ergehen? Das würde bedeuten, dass Frauen sich in der derzeit von Männern dominierten Welt der Wissenschaft besonders anstrengen müssen und daher korrekter arbeiten. Ihre Ehrlichkeit wäre durch Ungerechtigkeiten erzwungen. Der zweite Gedanke: Vielleicht hängt es an den Disziplinen. Kann doch sein, dass Betrug in weiblich dominierten Fachgebieten schlichtweg weniger verbreitet ist. Das legen frühere Studien zu Mogeleyen im Studium nahe: Die schienen bei Männern ebenfalls verbreiteter zu sein, bis man auf die Fachrichtungen schaute. Da zeigte sich: Maschinenbaustudentinnen mogeln ebenso oft wie Maschinenbaustudenten. Am Ende ist die Sache womöglich auch ganz anders. Denn in die Statistik gehen nur Betrügereien ein, die aufgefliegen sind. Gut möglich, dass Frauen sich einfach seltener erwischen lassen.

Erklärung der Literaturhäuser

Die Gefährdung des Fortbestands des Leipziger Literaturhauses (F.A.Z. vom 28. November) hat das Netzwerk der deutschsprachigen Institutionen dieser Art alarmiert. Im Namen der siebzehn darin zusammengeschlossenen Häuser aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, darunter auch Leipzig, teilt Hauke Hückstädt, Leiter des Literaturhauses in Frankfurt am Main und Vorsitzender des Netzwerks, mit: „Literaturhäuser sind ein selbstverständlicher Teil kulturellen Lebens. Größtenteils Ende der Achtziger, Anfang der Neunzigerjahre gegründet, gibt es sie von Rostock bis nach Zürich, von Berlin bis nach Köln. Dass ausgerechnet die bedeutende, impulsgebende Buchmesse-, Universitäts- und Verlagsstadt Leipzig sich in diesem Ensemble nicht behaupten will, ist unverstehlich. Die Leiterinnen und Leiter der 17 Literaturhäuser von Kiel bis Wien, von Halle bis München möchten die Leipziger und die politischen Köpfe dieser Stadt dringlich ermuntern, ihr Literaturhaus endlich zu stärken. Bislang lebte das Literaturhaus Leipzig, weil es die DDR gab, aus Immobilienerlösen. Der Kredit ist aufgebraucht. Leipzig braucht ein leuchtendes Literaturhaus. Die Zukunft der Buch- und Lesekultur wird abhängig sein davon, was sie uns jetzt wert ist.“ F.A.Z.